

## „Arbeiten auf dem Land: AkteurInnen, Gesellschaften und Umwelten“

### 55. ITH-Konferenz in Linz, 5. bis 7. September 2019

Die 55. ITH-Konferenz in Linz, die sich dieses Mal dem Arbeiten auf dem Land mit all seinen Rahmenbedingungen und Folgewirkungen und sozialen Verwerfungen widmete, wurde im Vorfeld von der Frage überschattet, ob dieser so traditionsreichen Veranstaltung noch eine Zukunft beschieden sei, und wenn ja, welche. Der Vorstand unter der Leitung der ITH-Präsidentin Prof. Dr. Susan Zimmermann hatte einige Szenarien erarbeitet, die nach der vorstandsinternen Diskussion der Generalversammlung vorgelegt wurden. Nach einer intensiven Diskussion ist die Zukunft der ITH nun durch das Hinzutreten der Arbeiterkammer Wien in den Trägerkreis erst einmal gesichert. Zukünftig werden sich Linz und Wien bei der Durchführung abwechseln, bei Bedarf kann die ITH ausgelagert werden, wenn eines der Mitgliedsinstitute die Initiative ergreift und sich die Durchführung entsprechend anbietet. Erleichtert nahm die Generalversammlung diesen Vorschlag bei wenigen Enthaltungen an. Die 56. Konferenz zum Thema „Das Kapital, Migration und die Linke“ wird voraussichtlich vom 24.-26. September 2020 in Linz und damit im „Jägermayrhof“ stattfinden, der „Call for Papers“ ist ausgeschrieben. Damit wird ein aktueller politischer Diskurs mit dem Ziel eines gemeinsamen linken Wissenstransfers aufgegriffen.

Die 55. Konferenz eröffnete die ITH-Präsidentin *Susan Zimmermann*, die Grußworte richteten *Franz Molterer* (AK Oberösterreich) und *Claudia Hahn* (Gemeinderätin der Stadt Linz/SPÖ) an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, deren Zahl dieses Mal etwas geringer ausfiel. So fehlten neben vielen Kolleginnen und Kollegen aus Ost- und Ostmitteleuropa auch die sonst zahlreichen Vertreter aus skandinavischen Ländern und auch aus Deutschland. Agrargeschichte, Landarbeiter\*Innenbewegung und Soziologie der Landwirtschaft scheinen sich nicht überall eines angemessenen wissenschaftlichen Interesses zu erfreuen, was angesichts der in den Vorträgen zum Ausdruck gebrachten Problemlagen für die Betroffenen wie Lohnbetrug, Sozialbetrug und schrankenloser Ausbeutung sicher nötig ist. Blickt man des Sommers über die Äcker in EU-Europa und anderswo, ergibt sich die Problemlage der Ausbeutung durch unterbezahlte Saisonarbeit und neofeudale Arbeitsbedingungen eigentlich ganz von selbst.

Waren die letzten beiden Konferenzen thematisch häufig etwas zerfasert, so hatte das Vorbereitungskomitee, dem auch das „Institut für Geschichte des ländlichen Raumes“ in St. Pölten angehörte, die Panels nun recht bündig zusammengestellt. Den einführenden Grundlagenvortrag steuerte *Thijs Lambrecht* von der Universität Gent (Belgien) mit dem Thema „Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten: Die Regulierung ländlicher Arbeit in Europa, ca. 1250-ca. 1900“ bei und lieferte eine eindrucksvolle Fundierung für die folgenden Vorträge und Diskussionen. So benannte er als historische Zäsuren, die grundlegende Veränderungen der Arbeitsregime auf dem Land nach sich zogen, die Pestwelle um

1350, das lange Jahrhundert zwischen Reformation/Bauernkrieg und Westfälischem Frieden und die Französische Revolution. Mussten die Herrschenden nach der Pest den Bauern und der Landbevölkerung Zugeständnisse machen, so zogen sie nach 1550 die Zügel wieder deutlich an, verschärften den Gesindezwang und die Polizeiordnungen etc., um nach 1789 infolge der bürgerlichen Revolutionen schließlich die Abschaffung der Hörigkeit usw. hinzunehmen. Die reaktionäre Ausnahme bildete, so schloss *Holger Czitrich-Stahl* am Freitag an Th. Lambrecht an, vor allem Preußen. Sein Thema lautete „Die bunte Welt des preußischen Gutshofs und der Sozialismus: Arbeitsverhältnisse, Agrarfrage und Organisationspolitik von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung vor der deutschen Revolution 1918/19“. Auf ihn folgten *Jessica Richter* (St. Pölten), die über die staatlichen Interventionen in die Landarbeit in Österreich mit dem Ziel der Arbeitsbeschaffung zwischen 1918 und 1939 sprach, und *Martin Schröder* (Halle-Wittenberg), dessen Thema die Agrarreformen und die Entstehung eines staatlichen Eingreifens in die Agrarsphäre in Venezuela war. Dabei wurden auch aktuelle ökonomische Basisprobleme dieses an sich reichen Landes deutlich, in dem auch heute so gut wie kein Kataster existiert, Besitzverhältnisse zwischen Staats- und Privateigentum also oft diffus bleiben.

Das zweite Panel untersuchte ländliche Arbeitsmärkte. Hier referierten *Peter Woodley* (Canberra/Australien) über die Klassenkämpfe zwischen Farmern und Landarbeitern zwischen 1880 und 1930 sowie über die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen, *Tina Bopp* (Basel) über die Schicksale und die Rechtlosigkeit von Saisonarbeitern auf dem Land, vor allem aus Moldawien, sowie *Janina Puder* (Jena) über die Arbeitsbedingungen auf den Palmölplantagen, die gleichermaßen malaiische wie indonesische Landarbeiter betreffen, die aber einen völlig verschiedenen Rechtsstatus besitzen, was besonders die indonesischen Landarbeiter extrem benachteiligt. Hier wurde die Schnittstelle zwischen Ausbeutung und Rassismus deutlich sichtbar.

„Güterketten“ standen im Blickpunkt des dritten Panels. *Rolf Bauer* (Wien) sprach über den britischen kolonialen Opiumanbau in Südindien, *Elise van Nederveen-Meerkerk* (Utrecht) über die unbekannte, aber bemerkenswerte Rolle der Landarbeiterinnen auf Java im 19. Jahrhundert zur niederländischen Kolonialzeit, *Ernst Langthaler* (Linz) erläuterte die Schritte des Eindringens kapitalistischer Produktionsweisen in die Landwirtschaft, indem er den Bogen von traditioneller Anbauweise (China nach 1900) über die USA nach 1945 bis zu Brasilien heute schlug. Den letzten Block bildeten *Juri Auderset* und *Peter Moser* (Bern) sowie *Majda Cernic Istenic* (Ljubljana), die sich vor allem den Einsatz von Tieren, Motoren/Maschinen und dem Umgang mit Arbeitsunfällen widmeten. Den passenden Tagesabschluss bildete eine Podiumsveranstaltung mit drei Aktivistinnen aus Gewerkschaften und NGOs, die sich dem Kampf gegen den Sozial- und Lohnbetrug an vorwiegend aus Osteuropa, der Ukraine und Moldawien, der nicht nur in Österreich praktiziert wird, sondern auch auf deutschen Äckern stattfindet, verschrieben haben. Hier wurde nachdrücklich die politische Perspektive der Konferenz und ihres Themenkreises verdeutlicht. Der Sonnabend als Schlußtag befasste sich mit historischen Beispielen von Arbeits-

beziehungen und Arbeitskämpfen im regionalen Maßstab und mit Kämpfen um die Macht und um Bodenreformen, so etwa in Peru und in Indien.

Insgesamt blieb zwar die Frage offen, inwieweit neue soziale Bündnisse mit dem Ziel grundlegender Transformationen auf klassische Klassenbündnisse nicht verzichten können, rückte aber durchaus verdientvoll die Frage der Klassenkämpfe im primären Sektor wieder etwas mehr in den Blickpunkt auch der europäischen Sichtweisen.

*Holger Czitrich-Stahl*

## **So werden Kriege gemacht**

Konferenz der Hellen Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung,  
Berlin, 5. September 2019

Der 80. Jahrestag des Überfalls von Nazideutschland auf Polen – und damit der Beginn des Zweiten Weltkrieges – jährte sich am 1. September 2019 zum 80. Mal. In der gegenwärtigen deutschen Erinnerungspolitik steht dieser Jahrestag im Schatten des 1989er Jubiläums. Umso wichtiger war es, dass der Berliner Verein „Helle Panke“ sich des Themas im Rahmen einer kleinen Konferenz angenommen hat. Die Schwerpunkte lagen thematisch bei der Politik, Aufrüstung und Diplomatie in der Zeit zwischen Versailles 1919 und Gleiwitz 1939 sowie der heutigen Gedenkkultur in internationaler Perspektive. Insbesondere die Opferrolle Polens in damaliger Realität und heutiger Selbstwahrnehmung stand im Fokus.

*Martin Seckendorf* (Berlin) widmete sich der Vorgeschichte, denn „für viele jüngere Leute ist der 2. Weltkrieg schon sehr weit weg“. Der Zwang zur Anerkennung Polens im Versailler Vertrag habe bereits die deutsche Rechte gestärkt. Nach 1933 betrieb die NSDAP dann eine heuchlerische Diplomatie in Bezug auf den östlichen Nachbarn: 1934 wurde eine gemeinsame Erklärung zur Friedensabsicht zwischen beiden Regierungen abgeschlossen, die deutsche Hetze gegen Polen wurde hiernach eingestellt. Durch diese Bündnispolitik wollte man einerseits Frankreichs Bündnispolitik untergraben, andererseits aber auch den Rücken frei haben für Expansionsgelüste in andere Nachbarstaaten. Warschau teilte die antibolschewistische Weltansicht Berlins, während die Nazis die polnische Regierung nur als Vasall auffassten. Ein Jahr vor Kriegsbeginn beendete Berlin dann auch die Kooperation und setzte intern bereits auf die Blitzkriegs-Strategie gegen Osten. Im Frühjahr 1939 sei schließlich die Grundsatzentscheidung zum Überfall getroffen worden. Mögliche Reaktionen anderer Regierungen auf einen solchen Angriff wurden abgeschätzt, Aufmarschpläne und die Okkupationspolitik bereits konzipiert. Als Statthalter wurden die SS und deutsche Untergrundkräfte eingeplant.

Nicht nur die polnische Regierung betrieb eine (im Nachhinein ist man natürlich schlauer) fahrlässige Diplomatie gegenüber Deutschland, auch im Westen schätzte man die Lage falsch ein. Bekanntestes Beispiel hierfür ist die britische Appeasement-Politik, der sich *Reiner Zilkenat* (*Hoppgarten*) in seinem Vortrag widmete. Als deren Grundlage habe der Antibolschewismus fungiert. Salopp